

Zum 27. Januar.

— I. Dreißig Jahre hindurch hat der „A. B.“ am 27. Januar an dieser Stelle des Mannes gedacht, der heute fern von der Heimat als unglücklichster aller Deutschen sein 60. Lebensjahr vollendet. Der große Wehrzahl unserer Volksgenossen ist dieser Tag ein Denkmal gesetzt, ein nationaler Festtag gewesen, ein Tag, dessen Feier nicht nur der Person des Kaisers, sondern dem großen, freien deutschen Vaterlande und seiner stolzen Lieberlieferung galt.

Man lernt schnell um in dieser Zeit. Mancher, der gestern noch das „Dollanna“ nicht laut genug rufen konnte, schreit heute das „Kreuziget ihn“. Mancher, der lange Jahre hindurch geschmückt mit Orden und Titeln an der Festtafel auf das Wohl des Kaisers trank, verweigert ihn heute dreimal. Manche Zeitung, die früher an diesem Tage den „einschlägigen“ Berliner Gesandten brachte, stellt heute Vergleichs zwischen Liebknecht und dem Kaiser an, die fast zu Gunsten Liebknechts ausfallen. Wenn dies am grünen Holze geschieht, was wunder, daß ein Kabinettsrat als Berater vor kurzem eine Kaiser Wilhelm-Straße in Karl Liebknecht-Straße, eine Kaiser Friedrich-Straße in Rosa Luxemburg-Straße umnannte!

Wenn man sich heute auf den Boden der realen Verhältnisse stellt, braucht man deshalb alten Idealen nicht den Eskotritt zu versehen. Wir gedenken heute des Verdankens von Amerongen, dem die Geschichte einst das Zeugnis ausstehen wird, daß er trotz seiner Fehler und Irrtümer diejenigen übertrug, die nach ihm mit Steinen werfen.

Daß die Tage Wilhelms 2. nicht wiederkommen werden, wissen wir. Wir wissen aber auch, daß jeder in seinem Sinne handelt, der auch unter den neuen Verhältnissen seine Kraft in den Dienst der Rettung des Vaterlandes stellt.

Das Ergebnis der Reichswahlen.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine vorläufige Zusammenstellung der Wahlergebnisse ausschließlich der Wahl. Sie ergibt folgendes Bild:

Sozialdemokraten	11 112 4450 Stimmen
Unabhängige	2 186 305 Stimmen
Deutsche Demokratische Partei	5 552 333 Stimmen
Zentrum (Christl.-dem. Sp.)	5 368 501 Stimmen
Deutschnationale Volkspartei	2 739 196 Stimmen
Deutsche Volkspartei	1 193 498 Stimmen
Bayrischer Bauernbund	273 718 Stimmen
Bayrische Mittelpartei	11 865 Stimmen
Schleswig-Holsteinischer Bauernbund	50 875 Stimmen
Darnach wären 15 775 174 bürgerliche Stimmen abgegeben worden gegen 13 298 706 sozialistische.	

Was getan werden muß!

Berlin, 27. Jan. Unter der Überschrift „Was jetzt getan werden muß“ schreibt Professor Seeling im „Vorwärts“: Es gibt keinen anderen Weg, um wenigstens einem Teil der Millionen, die in unseren Städten und Industriebezirken erwerbslos werden, ein Unter- und Auskommen in der Heimat zu verschaffen, als die energigste Ausbarmung der Hilfsquellen des heimischen Landbaues unter höchster Beschäftigung weiler menschlicher und menschenwürdiger Mittel. Wir müssen vor dem Ziele 3 Milliarden jährlich für Nahrungs- und Futtermittel an das Ausland abgeben, anstatt sie selbst zu produzieren. Es ist nun wirklich keine genug über Besiedlung des platten Landes geredet worden, jetzt heißt es handeln.

Zur Frage der Sozialisierung.

Staatssekretär Dr. Müller hat vor einem Kreise von Pressevertretern die ersten Mitteilungen über seine Absichten gemacht und dabei noch einmal die Grundzüge entwickelt, die ihm für die Sozialisierung des Staates in das Wirtschaftsleben die wichtigsten zu sein scheinen. Er gab dabei zu, daß die Einsetzung der Sozialisierungs-Kommission ein etwas verunglückter Versuch gewesen sei, weil die viel zu weit gehenden Erwartungen, die sich daran knüpften, nur dazu beigetragen haben, eine Sozialisierungswut zu schaffen, der das Wort Sozialisierung nicht weiter sei als eine neue Formel für überspannte Forderungen. Wer dem Probleme überhaupt bekommen wolle, müsse ausschließlich prüfen, ob in unserem Wirtschaftsleben andere oder neue Formen den wirtschaftlichen Effekt in höherem Maße als bisher dem Gemeinwohl zuführen. Der heute laut gewordene Ruf „Die Vergewerke des Bergarbeiters“ habe weder mit Sozialisierung noch mit Sozialismus etwas zu tun. Das komme darauf hinaus, daß die Vergewerke den Arbeiter wecheln auf Seiten ihrer technischen und kaufmännischen Ausübung. Was dabei herauskomme, sei lediglich die unüberlebende Erhöhung der Kohlenpreise und bedeute die Fahmlegung unserer Exportfähigkeit. Deshalb lehne das Reichswirtschaftsamt diese im Rohrentwerter vorerzielene willkürliche Sozialisierungsmaßnahme ab, ohne indessen freilich auf die Sozialisierung zu verzichten. Technische, finanzpolitische und soziale Gründe sprächen gleichmäßig dafür, daß das Reich auf das Wirtschaftsleben mehr Einfluss ausüben soll als bisher. Denn künstlich sei Wirtschaften nicht mehr ausschließlich Sache des einzelnen, sondern der Gesamtheit, die freilich für ihre Eingriffe Formen erfinden müsse, bei denen die einzelnen Interessen bestmöglichst sich miteinander verbinden lassen. Und das Gelingen dieser Theorie aufzubauen ist, solle das Wesen der Regelung der Energie von Reichs wegen sein. (Vgl. Nr. 21 des „A. B.“)

Auslieferung der deutschen Handelsflotte.

Hamburg, 26. Jan. Der Funkspruchdienst des Hamburger Arbeit- und Soldatenrat hat einen englischen Funkpruch aufgenommen, in dem es heißt: Eine Prüfung der Lage durch die internationale Lebensmittellieferung hat gezeigt, daß keine wesentlichen Vorräte für Deutschland vorhanden, und daß beschränkte Transporte erst in einigen Monaten dorthin gelangen können. Dieses Zeugnis kann jedoch nur unter der Bedingung gemacht werden, daß Deutschland gewillt ist, seine ganze Handelsflotte, wie sie heute besteht, auszuliefern. Jedes in einem deutschen Hafen liegende Handelschiff muß freiwillig gemacht, und an England ausgeliefert werden, das die Schiffe in welcher Eigenschaft es auch immer sei, für die Alliierten in Gebrauch nehmen werde. Die britischen Behörden geben schon jetzt die Übernahme der Schiffe in Betracht. Sie werden von englischen Seeleuten besetzt werden. Der vollständige Besitz der Schiffe hängt von der Entscheidung der Kriegskonferenz ab. Um die Bedingungen auch ihrerseits vollständig zu erfüllen, begehren die englischen Behörden jetzt Transporte für Lebensmittel nach den feindlichen Ländern vor.

Wie die deutschen Kolonien verteilt werden sollen.

London, 26. Jan. „Times“ melden aus Paris: Bei den Verhandlungen über die Kolonien erhebt Sautis im Namen der Südafrikaner Anspruch auf Deutsch-Südwest. Großbritannien ist bereit, sich für Togo, Kamerun und für Deutsch-Ostafrika mit irgend einer Form von Neutralisierung zu begnügen. Infolgedessen braucht man nur noch darüber zu verhandeln, was mit dem Samoa-Inseln und mit den Pacifik-Inseln geschehen soll. Japan hat vorgeschlagen, daß mit der Zuteilung dieser Inseln der Äquator als übliche Grenzlinie festgelegt werden soll. In diesem Falle würde Japan die Karolinen und die Marshallinseln erhalten.

Liebknechts Beerdigung.

Berlin, 26. Jan. Auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde fand am Sonnabend nachmittag um 3^{1/2} Uhr die Beisetzung Liebknechts und einunddreißig anderer, während der Sparsparatunruhen Gefallener statt. Vom Friedrichshain ging der Zug, an dem etwa 25- bis 30 000 Personen teil-

nahmen, nach Friedrichsfelde. Am Grabe sprach u. a. Adolf Hoffmann: 32 Särge sind 32 Anklagen gegen die Regierung, die vorgibt, daß ihre Führer Sozialisten seien. Aber es sind keine Sozialisten, sondern Missetäter im Dienste bürgerlicher Parteien. Wir machen die Regierung dafür verantwortlich, daß die Früchte der Revolution verloren gehen. Aber aus dem Grabe, vor dem wir stehen, wird die Flamme der Revolution wieder emporsteigen und wir werden, wenn es nicht anders geht, mit Waffengewalt uns unsere Rechte wiederholen.

Hamburg, 25. Jan. Als die Oberrealschule Eppendorf auf Befehl des U- und S.-Rates zu Ehren Liebknechts Halbmast gesetzt hatte, weigerten sich Schüler und Lehrer selbstständig und voneinander unabhängig, unter diesem Zeichen zu unterrichten oder unterrichtet zu werden. Die Schule blieb deshalb für heute geschlossen.

Schwendorf über die Schulfrage.

Wien, 25. Jan. In „Danzers Armezeitung“ schreibt Feldmarschall Conrad von Höferdorff u. a.:

Wer jetzt noch nicht erkennt, daß die Entente gleichwohl seit Jahren auf die Zerstörung Deutschlands und des mit ihm verbündeten Oesterreich-Ungarns es abgesehen und hingearbeitet hat, ist entweder blind oder will es nicht sehen. Wer noch heute glaubt, daß ein einzelner eine solche epische Bewegung, wie der Weltkrieg ist, herbeiführen oder verhindern konnte, der verkennt die gewaltigen Kräfte der Staaten und Völker. Ein Dinausgehen des Ostreiches gegen Serbien hätte den Krieg um ein oder zwei Jahre verzögert. Rußland und Serbien wären in Budapest und Wien erschienen, wahrscheinlich auch Italien, während 1914 Italien noch nicht fertig gerüstet war. — In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Fehl Bericht“ sagte der Feldmarschall: Wenn wir noch vierzehn Tage, ja nur acht Tage handgehalten hätten, dann wäre nicht die deutsche, sondern die italienische Front zusammengebrochen.

Amerikanische Baumwolle auch für Deutschland!

Washington, 25. Jan. In der Antwort auf ein Ersuchen der Baumwollproduzenten Staaten, daß alle Ausfuhrbeschränkungen für Baumwolle nach nicht feindlichen Ländern aufgehoben und auch Verschiffungen nach Deutschland und Oesterreich so rasch wie möglich gestattet würden, kablet Wilson, daß Baumwolle jetzt nach allen Ländern in Mengen, welche ihrem Bedarf entsprechen, ausgeführt werden kann.

Lebensmittel aus Skandinavien.

Berlin, 26. Januar. Zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung ist eine Vereinbarung zustandekommen, wonach gegen vollständig erhaltene Rohstofflieferung Lebensmittel, namentlich Fische und Vieh, sowie Fleisch sofort von Holland nach Deutschland gelangen. Diese Wiederhernahme der seit langer unterbrochenen Lebensmittelzufuhr aus Holland war nur deshalb möglich, weil aus Deutschland Kohlen geliefert worden sind.

Todesurteil gegen einen namischen Führer.

Brüssel, 26. Januar. Robert de Wael, namischer Arbeiterführer und Mitglied des Rates von Ganden wurde durch das Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Das Urteil ist damit begründet, daß de Wael die feindliche Arme unterstützt, die öffentlichen Einrichtungen Belgiens gefährdet und der feindlichen Politik Dienste geleistet habe.

Der Völkerverbund.

Paris, 26. Jan. Die Friedenskonferenz nahm in der gestrigen Sitzung die Resolutionen über den Völkerverbund an.

Kleine Nachrichten.

Die Wahlen zur preussischen Landesversammlung sind in Berlin ruhig verlaufen. Die Beteiligung war rege, besonders seitens der Frauen, aber nicht so allgemein wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung.

Wie jetzt erst bekannt wird, haben Sparhabsen auf Scheidemann einen Antrag auf der Eisenbahn beantragt. Dem Antrag konnte Scheidemann nur dadurch entgegen, daß das Jurypersonal zur Verteilung auf offene Strecke vorzuziehen und auf diese Weise den Zug nach Berlin an seinen Bestimmungsort bringen konnte.

Ein großer Teil der Bankbeamten der Mitteldeutschen Kreditbank in Berlin hat die Absicht, wegen unzulänglichem Lohn- und sonstiger Forderungen in den Ausstand zu treten. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten beschließt ein Ueberprüfen der Streikforderung auch auf die anderen Banken Berlins, so daß der Volkswirtschaft ein schwerer Schaden zugefügt werden würde.

Nach einer Meldung der „Promda“ sind im vierten Quartal 1918 durch russische Sowjets 13764 bünderechtliche Urteile vollstreckt worden.

Derliche Angelegenheiten.

Vereinigungsbestrebungen in Sachsen.

Die „Sächs. Staatsz.“ schreibt: In der letzten Woche ist in der Presse wiederholt die Frage erörtert worden, ob Sachsen durch Zusammenschluß mit anderen Großteilen des Deutschen Reiches sich an der Bildung eines größeren Freistaates beteiligen solle. Diese Betrachtungen und die Wiedergabe eines Gesprächs, das der Vertreter einer Zeitung mit dem Volksbeauftragten für das Ministerium des Innern hatte, haben leider zu der Vermutung Anlaß gegeben, als verfolge man in Sachsen eine „Einverleibungspolitik“. Wir legen Wert darauf, festzustellen, daß auch die jetzige sächsische Regierung nicht im ersten Augenblick daran denkt, sich in die inneren Verhältnisse Preußens oder eines anderen benachbarten Staates irgendwie einzumischen. Daß die Möglichkeit, zur Neubildung von größeren Freistaaten zu gelangen, in Deutschland zurzeit allgemein erörtert wird, ist bekannt und hat keinen unmittelbaren Anlaß in der Denkschrift des Staatssekretärs des Innern zur Verfassungsfrage, die diesen Punkt zur öffentlichen Diskussion stellt. Selbstverständlich prüft man auch in Sachsen, wie man sich solchen Möglichkeiten gegenüber zu verhalten habe, und untersucht die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die über die höchsten Grenzen hinausreichen. Man ist sich aber an allen erwägenswerten Stellen dessen voll und bewusst, daß nur, wenn sich die Wünsche überwiegen der Majoritäten des Volkes von beiden Seiten begegnen, solche Neubildungen überhaupt in Betracht kommen, und zwar niemals als einseitiger Anschlag, sondern als freier Zusammenschluß. Daß das Reichsamt des Innern die Frage in Fluss gebracht hat, beweist doch wohl zur Genüge, daß die Staatshoheit und das Selbstbestimmungsrecht der Einzelstaaten hierdurch nicht beeinträchtigt werden, und es sollte kaum der Erklärung bedürfen, daß die Bundesstaaten solche Fragen nur im beiderseitigen Einvernehmen lösen werden.

* Der Dresdner Oberbürgermeister Blüher erklärte in der letzten Stadtkonferenz: Geht es in Schlesien, in der Lausitz, in Siedlau so weiter, dann ist der

Zusammenbruch nur eine Frage der Zeit. Ich bemühe die Gelegenheit, um an öffentlicher Stelle mit vollem Ernst hierauf hinzuweisen. Wenn es nicht gelingt, die Arbeitelosen in die Kohlengruben zu schaffen — wir können es nicht schaffen. Wir haben verhandelt und haben Pendelzüge nach der Niederlausitz verkehren lassen wollen, damit die Arbeiter hin und her fahren könnten. Aber alles ist gescheitert, weil die Arbeitelosen ärztliche Mittel beibrachten (Hört! Hört!) oder erklärten, sie seien vier Jahre im Felde gewesen und wollten nicht gleich wieder weg. Ich erkenne das an, aber über solche Gemütsgründe muß man heute hinweggehen. Sonst ist der Zusammenbruch nicht nur der Industrie, sondern auch der Brotdäckereien und des Verkehrs nur noch eine Frage von nicht allzu langer Zeit.

* Eine Mahnung an die Arbeiterwelt. In der Reichskonferenz der Bundesstaaten erklärte der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes, Wurm, daß unsere Ernährungslage aufs äußerste gefährdet sei und daß bei der Fortdauer des jetzigen Zustandes in naher Zeit die Lebensmittelvorräte Deutschlands aufgebraucht würden. Volksbeauftragter Oberl richtete die dringende Mahnung an die Delegierten, dahinzuwirken, daß die Arbeiterwelt zur Weisung komme und unnötige Konsumforderungen in Zukunft zum Wohle des Reiches unterlasse.

* Wo soll das hinführen? In München machte nach Zeitungsmeldungen im Ausschuss des Landes-U. u. S.-Rates der Minister für soziale Fürsorge die Mitteilung, daß eine Münchener Familie es verstanden habe, sich 1048 monatliche Erwerbslosenunterstützung zu sichern.

* Erwerbslosenfürsorge. Ueber die dringliche Zuständigkeit zur Gewährung der Erwerbslosenunterstützung herrschen vielfach noch falsche Ansichten. Zur Aufklärung mag folgendes dienen: Im allgemeinen ist der Wohnort des Erwerbslosen für die Unterstühtungszahlung zuständig. Nicht ein Erwerbsloser von seinem Arbeitsort, in den er während des Krieges nur zur Aufnahme von Arbeit gezogen war, in seinen früheren Wohnort zurück, so hat dieser die Unterstühtung zu zahlen. Hat ein Arbeiter einen von seinem Wohnort verschiedenen Arbeitsort gehabt und wird er erwerbslos, so hat er an seinem Wohnort die Unterstühtung zu erhalten. Eine besondere Vorschrift besteht für Kriegsteilnehmer. Diese sind unbedingt in dem Orte zu unterstühten, in dem sie vor ihrer Einziehung zum Heere gewohnt haben. Ist dies ein anderer als der gegenwärtige Aufenthaltsort, so hat die Gemeinde des Aufenthaltsortes eine vorkühweise Unterstühtung zu gewähren.

* Gründung eines Reichsverbandes der Kolonialdeutschen. Im Reichsverband der Kolonialdeutschen haben sich die Deutschen aus den Kolonien zusammengeschlossen; auch die meisten der bestehenden Kolonialorganisationen haben sich angeschlossen. Der Reichsverband tritt in erster Linie für die Wiedererlangung des Kolonialbesitzes ein und hat zu diesem Zwecke eine Propaganda über ganz Deutschland entfaltet.

* Der Zentralrat gegen die Eingriffe in die Pressefreiheit. Der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland erklärt an alle U- und S.-Räte im Reich folgenden Aufruf: In der letzten Zeit haben sich Nachrichten über Eingriffe in die Pressefreiheit vermehrt. Die unangehörige öffentliche Presse- und Meinungsfreiheit, für die die Arbeiterklasse jahrelange gekämpft hat, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, und diese Errungenschaft muß unbedingt geschützt werden. Der Zentralrat fordert alle U- und S.-Räte auf, jeden Eingriff in die Pressefreiheit zu unterlassen und dort, wo Gewalt und Willkür gegen sie angewendet wird, die Presse- und Meinungsfreiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Der Zentralrat wird von der Reichsregierung die Anwendung aller Mittel fordern, um die unangehörige Presse- und Meinungsfreiheit sicherzustellen und ihr hierbei alle Unterstützung angedeihen zu lassen.

* Zu 18 sächsischen Bundesratsbevollmächtigten wurde die Minister Dr. Stadnauer, Dr. Barnisch, Nische und Neuring ernannt.

Aue, 27. Januar. Die Beteiligung der Wahlberechtigten an den gestrigen Stadtkonferenzwahlen war wesentlich geringer als an den Wahlen zur Nationalversammlung. Während damals von 11 309 Wahlberechtigten 9224 oder ungefähr 80 o. H. ihr Stimmrecht ausübten, wurden gestern nur 7662 gültige Stimmen abgegeben, was einer Beteiligung von ungefähr 68 o. H. entspricht. Welchen Einfluß das neue Wahlrecht mit der Herabsetzung der Altersgrenze und durch Verteilung des Wahlrechts an die Frauen auf die Wählerziffer hat, ist am besten daraus zu ersehen, daß bei den letzten Stadtkonferenzwahlen im Jahre 1912 nur 2527 wahlberechtigte Bürger vorhanden waren. Zu den gestrigen Wahlen hatte noch in letzter Stunde eine rege Werbetätigkeit eingesetzt. Nicht nur von sozialdemokratischer Seite wurde alles versucht, um möglichst viel Wähler für sich zu gewinnen, auch die Bürgerlichen, die zwei Listen aufgestellt hatten, eine vom Demokratischen Verein und eine von den Festbesoldeten, boten alles auf, um sich gegenseitig das Wasser abzugraben. Die Stadt war wieder in 6 Wahlbezirke eingeteilt. Im 1. Bezirk (Stadthaus) wurden abgegeben für Liste A (Sozialdemokr. Verein) 606, für Liste B (Festbesoldete) 296 und für Liste C (Demokr. Verein) 466 Stimmen. Im 2. Bezirk (Gasthaus Anker) entfielen auf Liste A 810, Liste B 103, Liste C 130 Stimmen. 3. Bezirk (Gasthaus Alt-Aue): Liste A 794, Liste B 275, Liste C 412 Stimmen. 4. Bezirk (3. Amthaus-Bürgerchule): Liste A 741, Liste B 228, Liste C 202 Stimmen. 5. Bezirk (Gasthaus Reichshalle): Liste A 1027, Liste B 107, Liste C 230 Stimmen. 6. Bezirk (Gasthaus Deutscher Hof): Liste A 787, Liste B 275, Liste C 175 Stimmen. Zusammen wurden für Liste A 4765, für Liste B 1282 und für Liste C 1615 Stimmen abgegeben, das sind 1390 sozialdemokratische und 172 bürgerliche Stimmen weniger als bei der Wahl zur Nationalversammlung. Man darf hieraus wohl den Schluß ziehen, daß von sozialdemokratischer Seite den Stadtkonferenzwahlen weniger Bedeutung beigegeben wird, als denjenigen zur Nationalversammlung. Gewählt wurden von der sozialdemokratischen Liste Geschäftsleiter Vornh, Gerlach, Gewerkschaftsbeamter Hermann Jettel, Gewerkschaftsbeamter Max Ziegler, Privatmann Hermann Böder, Gastwirt Albert Baunacke, Schlosser Paul Sonntag, Geschäftsführer Adolf Strich, Ehefrau Emma Lenk, Lagerhalter Emil Schullheiß, Graveur Otto Mangel, Buchmeister Paul Dertel, Ehefrau Anna Köppler, Kaufmann Karl Pöhl, Schmied Otto Herbach, Maler Robert Günzel, Holzpoleur Eugen Frey, Maschinenführer Rubin Wilhelm

